

## Tagungsdokumentation zum Panel II, Raum II (05.02.2022) – Interdisziplinäre Perspektiven

Am zweiten Tag der Online-Tagung „Beyond Boundaries“ widmete sich das Panel II interdisziplinären Perspektiven und wagte damit einen Blick über die schulische politische Bildung hinaus.

Den Anfang hierbei machte die wissenschaftliche Mitarbeiterin der Universität Siegen, **Jana Sämann**, die das Feld der non-formalen politischen Bildung aufschloss. Ihr Tagungsbeitrag bekräftigte zunächst, sich im Forschungsbereich auch der außerschulischen politischen Jugendbildungsarbeit zuzuwenden. Dazu nahm sie Bezug auf den aktuellen Kinder- und Jugendbericht der Bundesregierung (16. KJB), der nachdrücklich die Relevanz demokratischer Bildung im Kinder- und Jugendalter verdeutlicht. Sämann sprach sich jedoch gegen die dortige Arbeitsdefinition aus, in der Politische Bildung und Demokratiebildung gleichgesetzt werden („Politische Bildung ist Demokratiebildung“, vgl. BMFSFJ 2021, 128). Diese berge sowohl die Gefahr, Unterschiede in den Konzepten zu ‚verundeutlichen‘ und werde selbst im 16. KJB inkonsistent verwendet. In Zuge dessen stellte Sämann zunächst die Demokratiebildung der außerschulischen politischen Bildung gegenüber und versuchte beide begrifflich wie inhaltlich voneinander abzugrenzen. Eine harte Dichotomisierung des äußerst heterogenen Feldes der non-formalen politischen Bildungslandschaft verneinte die Referierende jedoch, nannte sie eine eher ‚*künstlich*‘ wirkende Trennung von außerschulischer Jugendbildung und Vereinsbildung‘. Denn solch‘ eine Abgrenzung lasse sich empirisch nicht stichhaltig belegen und sei – angelehnt an Helle Becker – eher Narration und tendenziell, denn eine „als gesichert distinktiv[e] Positio[n]“ (2020, 14). Dennoch könnten Akteur:innen beider Felder im Bereich der außerschulischen Bildung voneinander lernen.

An dieser Stelle setzt das neue, von ihr betreute Modellprojekt „*Von- und miteinander Lernen. Kompetenzteams aus außerschulischer Jugendbildung und Sozialpädagogik zur Stärkung politischer Bildung*“ an, das Anfang 2022 mit einer zweijährigen Laufzeit startete. Unter der Ausgangsthese, dass sich die Handlungsfelder und Konzepte außerschulischer politischer Bildung und Demokratiebildung in der offenen Kinder- und Jugendarbeit (OKJA) voneinander unterscheiden, sollen in insgesamt acht multiprofessionellen Teams Bildner:innen aus beiden Disziplinen zusammenwirken. Ziel sei es, einen kooperativen Austausch zwischen beiden Professionen zu ermöglichen und damit die jeweils eigene Bildungsarbeit weiterzuentwickeln. Geplant sind qualitative Interviews mit den Beteiligten mit dem Ziel, die Ergebnisse mittels Fortbildungen dem Feld zugänglich zu machen. Bestenfalls sollen die außerschulische politische Bildung und die OKJA didaktisch, methodisch und pädagogisch voneinander lernen.

Die Grenzen der schulischen politischen Bildung übertrat auch **Christian Fahrbach** im zweiten Beitrag des Panels. Hierin wandte er sich der ökonomischen Bildung, genauer gesagt der transformativen Finanzwirtschaft, zu. In seinem Vortrag skizzierte Fahrbach zunächst die aktuelle Ausgangslage einer pandemiebedingten Konjunkturkrise aufgrund geringerer Unternehmensrentabilität. Den geld- und fiskalpolitischen Gegenmaßnahmen von Staaten und Zentralbanken stellte er im Anschluss prinzipiell zwei Chancen gegenüber, welche die Krise als Chance wirken ließen und zu einer nachhaltigen Wirtschaftsentwicklung führen würden: Eine davon seien an Nachhaltigkeitskriterien gebundene Subventionen und – im größeren Maße umstritten, aber dennoch denkbar – direkte staatliche Investitionen in Unternehmen. Dieses Instrumentarium berge jedoch die Gefahren einer Staatsschuldenkrise und hohen Inflation, welche sich nur durch noch höheres Wirtschaftswachstum kompensieren ließe und dadurch wiederum zu Lasten endlicher Ressourcen ginge. Außerdem sei diese Chance in Deutschland mit Blick auf die Covid-19-Pandemie ohnehin vertan, da die hiesigen Subventionen nicht an grüne Kriterien gekoppelt, sondern eher „im Gießkannenprinzip“ verteilt wurden. Eine zweite Möglichkeit sei schließlich der Weg hin zu

einer „transformativen Finanzwirtschaft“. Hierzu plädierte Fahrbach für eine Negativzinspolitik der Zentralbanken und die fiskalpolitischen Maßnahmen einer Vermögenssteuer auf sichere Geldanlagen, einen Freibetrag für Kleinanleger:innen sowie zinsgünstige Förderkredite. Durch die negativen Bankeinlagezinsen seien Großanleger:innen in die Pflicht genommen, Unternehmen anstelle von Banken ihr Kapital zur Verfügung zu stellen – oder mit den Zinsbeiträgen günstige Förderkredite zu ermöglichen. Für Kleinsparer:innen müsste dafür im Gegenzug eine staatliche Sparszulage eingeführt werden, die den Negativzins mindestens absorbiert. Erst eine damit entstehende „two-agent economy“ führe zu einer nachhaltigen Wirtschaftsordnung und wirke zudem der ungleichen Verteilung von Anlagen und Gesellschaftsanteil entgegen. Allen Maßnahmen gemein sei jedoch die Voraussetzung, Banknoten abzuschaffen. Andernfalls würden Vermögende ihre Anlagen dem Bankensystem entziehen und eigene Finanztransaktionen durchführen können. Dies sei jedoch ohnehin schon länger Thema u.a. im IWF – hauptsächlich, um die Finanzierung krimineller Aktivitäten zu unterbinden (vgl. Rogoff 2016).

Offen blieb am Ende die Frage, welche konkreten Auswirkungen solch eine transformative Finanzpolitik für die ökonomische Bildung bzw. Verbraucher:innenbildung hätte. Auch ließe sich die Bedingung der Bargeldabschaffung unter der Prämisse eines liberalen Verfassungsstaates – Stichwort: gläserne:r Bürger:in – diskutieren. Beides bietet freilich Ansätze für Folgebeiträge im Zusammenspiel von politischer und (finanzmarkt-) ökonomischer Bildung.

#### **Literatur**

- Becker, Helle. 2020. *Demokratiebildung und politische Bildung in den Handlungsfeldern der Kinder- und Jugendarbeit (SGB VIII § 11-13)*.  
Abrufbar unter: [www.dji.de/fileadmin/user\\_upload/bibs2021/KJB\\_Becker\\_Exp16KJB\\_16032021.pdf](http://www.dji.de/fileadmin/user_upload/bibs2021/KJB_Becker_Exp16KJB_16032021.pdf).
- BMFSFJ. 2021. *16. Kinder- und Jugendbericht der Bundesregierung, Förderung demokratischer Bildung im Kindes- und Jugendalter*. Abrufbar unter: [www.bmfsfj.de/bmfsfj/service/publikationen/16-kinder-und-jugendbericht-162238](http://www.bmfsfj.de/bmfsfj/service/publikationen/16-kinder-und-jugendbericht-162238).
- Rogoff, Kenneth S. 2016. *The Curse of Cash. How Large-Denomination Bills Aid Crime and Tax Evasion and Constrain Monetary Policy*. Princeton University Press.